



Presseinformation der Stadt Guben 117/2022, 27. September 2022, 10:00 Uhr

25. Sitzung der gemeinsamen Kommission Eurostadt Guben-Gubin



Die Kommission der Eurostadt Guben-Gubin kam am gestrigen Montag, 26. September 2022, zur 25. Sitzung in der Gubener Stadtverwaltung zusammen. Im Fokus des grenzübergreifenden Gremiums standen zwei große Themenfelder: Die kommunale Wohnungswirtschaft in der Eurostadt Guben-Gubin sowie der Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Guben 2023/2024.

Dr. Martin Reiher, Geschäftsführer der Gubener Wohnungsgesellschaft mbH (GuWo), verschaffte allen Anwesenden einen Einblick in die komplexe Firmenstruktur. So zählen zu der GuWo mehrere 100-prozentige Tochterfirmen, u. a. die GuWo.Services GmbH, Gubener Sozialwerke gGmbH (GSW), GSW Service gGmbH und die TV-Netzgesellschaft mbH. Der Wohnungsbestand der GuWo beinhaltet derzeit 3.668 Wohnungen, 94 Gewerbeeinheiten und ca. 1.100 Garagen sowie Stellplätze. Die durchschnittliche Kaltmiete liegt je nach Sanierungsstand des Gebäudes zwischen 5,00 und 7,50 Euro. Von 2.700 Mietverhältnissen sind 120 überwiegend grenznahe Wohnungen an polnische Mieter vergeben. Für zukünftige und bestehende polnische Mieter stehen Informationsblätter sowie Bereiche der Internetseite in polnischer Sprache zur Verfügung.

Roman Gašior Geschäftsführer des Kommunalen Dienstleistungsunternehmens (MZUK) in Gubin, gab einen Einblick in die kommunale Situation auf der polnischen Seite der Eurostadt Guben-Gubin. Mit 647 Wohnungen, welche im Bereich der Sozialwohnungen (Kommunalwohnungen, Sozialwohnungen, temporäre Unterkünfte) liegen, ist der Wohnungsbestand deutlich geringer. Da es sich hauptsächlich um sozialen Wohnraum handelt, liegt der Mietpreis bei ca. 1,34 Euro. Die meisten Gebäude sind vor 1925 gebaut und stark sanierungsbedürftig. Der Mietpreis und die Investitionskosten werden in Gubin von den Stadtverordneten festgelegt. Wohnungen für die Mittelschicht stehen hauptsächlich als Eigentumswohnungen zur Verfügung. Private Mietwohnungen haben einen ähnlichen Mietpreis wie auf deutscher Seite, obwohl das durchschnittliche Einkommen mit 800 Euro deutlich geringer ist. Bezahlbarer Wohnraum ist somit im Niedriglohnland Polen absolute Mangelware. Wohneigentum hat sich auch in Gubin zur häufigsten Wohnform entwickelt, demgegenüber scheinen sich die wenigen Mietwohnungen als Wohnen zweiter Klasse abzusetzen.

Aufgrund des rasanten Wohnungsbaus aus den 70er- bis 90er-Jahren und der anschließend sinkenden Einwohnerzahl ist der Wohnungsleerstand im Bereich der 1- bis 2-Raumwohnungen in Guben relativ hoch. Auf den ersten Blick scheint die Lösung nahe: Die Vermietung des freien Wohnraumes an die Gubiner Bürger. Problematisch dabei sind jedoch die drastisch unterschiedlichen Einkommensverhältnisse in beiden Ländern. Polnische Bürgerinnen bzw. Bürger können sich eine Wohnung in Guben nur leisten, wenn sie in Deutschland beschäftigt sind. Für diese Nische fährt die GuWo extra Werbekampagnen in Gubin, um den Leerstand zu minimieren. Auch eine polnische Mitarbeiterin, derzeit im 3. Lehrjahr, ist bei der GuWo beschäftigt, um die Sprachbarrieren zu verringern.

Interessant wird die Entwicklung des Wohnungsmarktes mit dem Hintergrund der steigenden Preise in nahezu allen Bereichen. Die Wirtschaft leidet unter hohen Energiekosten, Lieferengpässen und globalen Unsicherheiten. Wir steuern auf eine Rezession zu, aufgrund welcher das Interesse an kleinen, günstigen Wohnungen wieder wachsen könnte. Guben hat den Luxus, solche Wohnungen vorhalten zu können, was in Großstädten nicht der Fall ist, dort ist Wohnraum Mangelware.

Anschließend präsentierte Kämmerer Björn Konetzke den Entwurf des Haushaltsplans für 2023/2024, das rund 300 Seiten umfassende Zahlenwerk. Aufgrund der hohen Inflation, der steigenden Strom- und Gaskosten, aber auch die Kreisumlage oder durch das Tarifrecht gekoppelte Personalkosten wird in nahezu allen Bereichen ein Defizit entstehen. Im Jahr 2023 wird planmäßig mit einem Minus von knapp 4,3 Millionen Euro gerechnet, im folgenden Haushaltsjahr verringern sich die roten Zahlen auf etwa 2,6 Millionen Euro.

Dennoch wird die Stadt Guben in beiden Jahren kräftig investieren, auch um die Wirtschaft mit Aufträgen in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Insgesamt wird mit dem Doppelhaushalt ein Investitionsprogramm von rund 85 Millionen Euro aufgelegt. Die größte Einzelinvestition stellt der sogenannte Schulcampus im Jahr 2024 dar, dieser soll ca. 25 Millionen Euro betragen. Aber auch die Investitionen im Rahmen des Strukturwandels werden eine Gesamtinvestitionshöhe von ca. 38,8 Millionen Euro beinhalten. Die Schwerpunkte des Haushaltsplanes 2023/2024 werden im Rahmen einer Bürgerversammlung am Dienstag, 11. Oktober 2022, um 18:00 Uhr in der Alten Färberei vorgestellt.

In der abschließenden Gesprächsrunde konnten die letzten Fragen zwischen den anwesenden deutschen und polnischen Kommissionsmitgliedern geklärt werden. Ferner beschlossen die Mitglieder, den nächsten Sitzungstermin am 5. Dezember 2022 durchzuführen und über die mögliche Stärkung der Kooperation beider Städte durch Gründung einer EWIV zu diskutieren.

Hintergrund:

Dem Gremium gehören an, die Bürgermeister der Doppelstadt Guben-Gubin, Bartłomiej Bartczak und Fred Mahro sowie jeweils zehn Stadtverordnete aus jeder der beiden Grenzstädte. Grundlage der Kommissionbildung war eine gemeinsame Erklärung beider Stadtverordnetenversammlungen zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit, die Anfang Mai 2015 unterschrieben wurde. Darin verpflichteten sich beide Städte, die deutsch-polnische Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Die konstituierende Sitzung erfolgte am 21. September 2015 im Gubener Rathaus. „Grundsätzlich haben unsere Einzelabstimmungen empfehlenden Charakter und müssen in den Stadtparlamenten jeweils noch einmal formal beschlossen werden“, erklären der polnische Kommissionsvorsitzende Krzysztof Zdobyłak und der deutsche Kommissionsvorsitzende Thomas Laugks.

Die gemeinsame Kommissionssitzung findet im Rahmen des Projekts „Zwei Rathäuser – eine Eurostadt. 2. Etappe“ statt. Das Projekt wird aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG V A Brandenburg-Polen 2014-2020 mitfinanziert.

